

## Oxfam: Agrartreibstoff-Politik treibt 30 Millionen in die Armut

Die Agrartreibstoff-Politik der Industrieländer ist zu gut 30 Prozent am aktuellen weltweiten Anstieg der Nahrungsmittelpreise beteiligt und hat dadurch mindestens 30 Millionen Menschen in die Armut getrieben. Dies geht aus dem Oxfam-Bericht "Another Inconvenient Truth" hervor, der am 25.06.08 veröffentlicht wurde.

Agrartreibstoff. "Die Agrartreibstoff-Politik der Industrieländer verschärft Hunger und Armut auf der Welt. Die Bundesregierung verharmlost die negativen Auswirkungen dieser Politik." so Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam Deutschland. > Oxfam-Bericht "Another Inconvenient Truth", pdf., 58 S., 345 KB, (24.6.08 engl.) Der Oxfam-Bericht zeigt, wie stark die Industrieländer den Ausbau ihrer Agrartreibstoff-Produktion forcieren. Im vergangenen Jahr haben sie dafür bis zu 15 Milliarden US-Dollar an Subventionen ausgegeben. "Wer in den Industrieländern Agrartreibstoffe anbaut, kann sich über enorme Vergünstigungen freuen: Es winken Steuerbefreiungen, Zollsenkungen und Subventionen", erklärt Kowalzig. Immer mehr Landwirte würden daher Agrartreibstoffe statt Nahrungsmitteln produzieren. Als Folge seien die Getreidereserven so gering wie nie zuvor. > Oxfam Klimaschutz. Auch dem Klimaschutz erweist diese verfehlte Politik einen Bärendienst. Für den Agrosprit-Boom werden weltweit Wälder und Sümpfe in Ackerflächen umgewandelt. Dies setzt gewaltige Mengen an Treibhausgasen aus diesen natürlichen Speichern frei. In die Bilanz einbezogen werden müssen laut Oxfam auch die indirekten Effekte: wenn z.B. durch die konkurrierende Agrosprit-Produktion der Anbau von Nahrungsmitteln in Regenwaldgebiete verdrängt wird. Damit erzeugt etwa der Anbau von Palmöl bis zu 70-mal mehr Emissionen, als durch den Einsatz von Palmöl als Agrartreibstoff in der EU eingespart würde.